

USA - Erlassjahr 2015?

Washingtons erodierende Vorherrschaft und der Kreuzzug zum Erhalt der Dollarhegemonie

von Jürgen Wagner

Teil II: Imperialer Niedergang und die US-Kriege zum Erhalt des Öl-Dollar-Mechanismus

„Der Wunsch, zu bewahren, was man besitzt, solange man selbst noch im Vorteil ist, hat unsichere und im Niedergang befindliche Mächte dazu gebracht, sich in große Kriege zu stürzen“ - Robert Gilpin, US-Politikwissenschaftler

„Es gibt einen Grund für die Verwundbarkeit von Imperien. Sie gegen Widerstände aufrecht zu erhalten erfordert Kriege - dauerhafte, unerbittliche und endlose Kriege.“ - James K. Galbraith, Ökonomieprofessor an der Universität von Texas

„Wir erreichen ein neues amerikanisches Jahrhundert, in dem ... es die de facto Aufgabe der US-Streitkräfte sein wird, die Welt für unsere Ökonomie und unseren kulturellen Sturmangriff sicher zu machen. Für diese Zwecke werden wir eine erhebliche Anzahl an Morden begehen.“ - Ralph Peters, ehemaliger US-Geheimdienstoffizier

Dollar im Sinkflug

Trotz der in Teil eins beschriebenen künstlichen Stimulierung der Dollarnachfrage (siehe AUSDRUCK Juni 2006) gründete die Stärke des Dollars lange auch darauf, dass keine plausible Alternative zur Verfügung stand, was sich seit der Einführung des Euro geändert hat. In den letzten Jahren hat die US-Währung etwa 35 Prozent an Wert gegenüber dem Euro und 24 Prozent gegenüber dem japanischen Yen verloren, wofür die Schwäche der amerikanischen Wirtschaft den wesentlichen Grund darstellt.¹ Der Run aus der US-Währung hat also bereits begonnen, systematisch schichten mehr und mehr Länder ihre Währungsreserven um, was logischerweise zur Folge hat, dass die Dollarnachfrage sinkt. Dass der Greenback inzwischen mächtig unter Druck steht, zeigen einige Schlagzeilen der jüngsten Zeit: „Die Asiatische Entwicklungsbank schlägt wegen des Dollars Alarm“ (International Herald Tribune, 28.03.2006); „Dollar beginnt heftigen Tiefflug gegenüber anderen wichtigen Währungen“ (The Sunday Times, 30.04.2006); „Dollar fällt nach Rede des Zentralbankchefs“ (The Times 26.04.2006).

Die Analysten von *Deutsche Bank Research*

scheint dies geradezu in Hochstimmung zu versetzen: „Der Euro ist zur zweitwichtigsten Reservewährung aufgestiegen, rangiert aber deutlich hinter dem Dollar. Der Anteil des Dollar an den globalen Devisenreserven hat sich bis Ende 2004 auf ca. 66% verringert. Der Euro hat dagegen aufgeholt: Sein Anteil ist bis Ende 2004 auf ca. 25% gestiegen (1999: 17,9%).“

*Der Euro hat das Potential, dem USD als Reservewährung Konkurrenz zu machen, da Euroland der zweitgrößte Wirtschaftsraum der Welt ist und über große und liquide Finanzmärkte verfügt. Der Euro-Anteil an den internationalen Devisenreserven dürfte deutlich über 25% ansteigen, da viele Notenbanken – insbesondere in Asien – zunehmend in Euro diversifizieren wollen.“*² Angesichts dieser Herausforderung hält einzig die Öl-Dollar-Konstellation die US-Währungshegemonie weiterhin mühsam aufrecht. Schwer zu glauben, dass die USA tatenlos zusehen werden, wenn diese gefährdet wird, wie selbst Insider offen zugeben.

Ron Paul: Republikanischer Kronzeuge für Amerikas Dollarkriege

Mitte Februar 2006 hielt der republikanische Kongressabgeordnete Ron Paul (Texas) eine Aufsehen erregende Rede vor dem US-Repräsentantenhaus. Sie trug den bezeichnenden Titel „Das Ende der Dollarhegemonie“ und ließ nichts an Klarheit vermissen: „Die Lizenz, Geld quasi aus dünner Luft zu drucken, ermöglicht es uns, die Rechnungen durch Preisinflation zu begleichen. Unter dieser Inflation leiden die US-Bürger ebenso wie der Durchschnittsbürger in Japan, China oder in anderen Ländern. Diese Inflation ist die ‚Steuer‘, mit der die Rechnungen für unsere militärischen Abenteuer bezahlt werden.“³

Der Kongressabgeordnete wies zudem auf die zentrale Bedeutung der Öl-Dollar-Abrechnung hin, um die fortgesetzte Besteuerung der Welt weiter aufrechterhalten zu können: „Unser gesamtes wirtschaftliches System hängt davon ab, dass das gegenwärtige Dollar-Recycling-System Bestand hat. Wir leihen uns jährlich 700 Mrd. Dollar von unseren ‚großzügigen Wohltätern‘, welche dafür hart arbeiten und unsere Dollarnoten für ihre Produkte

annehmen. Weiters borgen wir uns all die Gelder aus, die wir für die Sicherung des Empires brauchen (Verteidigungsbudget: 450 Mrd. Dollar) und noch mehr. Die Militärmacht, welcher wir uns ‚erfreuen‘, wird zu der ‚Deckung‘ unserer Währung ... Am wichtigsten ist, dass die Dollar-Öl-Beziehung aufrechterhalten wird, um ihn als überragende Währung zu sichern. Jeder Angriff auf diese Beziehung wird machtvoll beantwortet werden - so wie es immer schon geschehen ist.“⁴ Eine generelle Euroabrechnung der OPEC-Staaten hätte für die USA in der Tat katastrophale wirtschaftliche Folgen, denn das Öl ist „sozusagen der Wertanker des US\$, eine multifunktionale Waffe in der Währungskonkurrenz, vor allem mit dem Euro.“⁵ Hierdurch würde Washingtons gesamtes wirtschaftliches (Verschuldungs)Konzept zu Fall gebracht. Zudem hätten die USA in einem solchen Fall enorme Schwierigkeiten, an die für den Öleinkauf notwendigen (Euro)Devisen zu gelangen: „Bei einem Handelsbilanzdefizit der USA von an die 550 Mrd US\$ (2002) würde die Finanzierung von notwendigen Ölimporten in Fremdwährung für die USA ein nahezu unlösbares Problem.“⁶

Der Ökonom Krassimir Petrov kommt zu demselben Schluss: „Die ökonomische Essenz dieses [post-Bretton-Woods] Arrangements bestand darin, dass der Dollar nun vom Öl gestützt wurde. Solange dies der Fall war, musste die Welt wachsende Dollarmengen anhäufen, weil sie sie zum Erwerb von Öl benötigte. Solange der Dollar die einzig akzeptierte Zahlungsart für Öl ist, ist seine Weltherrschaft gesichert und das amerikanische Imperium kann fortfahren, den Rest der Welt zu besteuern. Sollte der Dollar, aus irgendeinem Grund, seine Ölunterstützung verlieren, würde das amerikanische Imperium aufhören zu existieren. Somit diktiert der imperiale Überlebenswille, dass Öl ausschließlich in Dollar verkauft wird.“⁷ Zusammengefasst kommt der ehemalige Ausbilder an der US-Militärakademie in West Point, Stan Goff, zu folgendem Ergebnis: „Amerikanischer Imperialismus ist letzten Endes Petrodollar Imperialismus.“⁸ Soweit, so klar, bleibt noch die Frage, inwieweit dies eine Erklärung für die US-Kriegspolitik der letzten Jahre und insbesondere für die Angriffspläne auf den Iran darstellt.

Die iranische Ölbörse als Ende des Petrodollar Imperialismus?

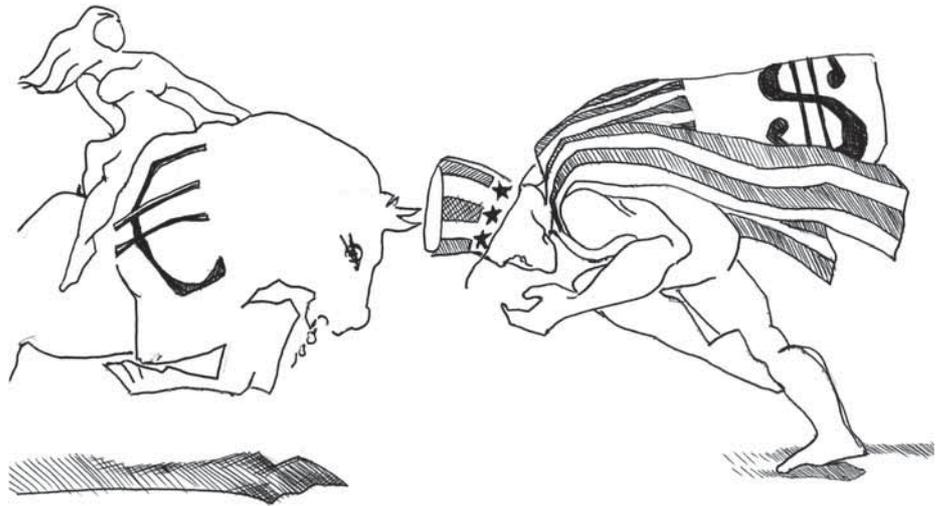
Dass es für die USA in der Währungsfrage ums Eingemachte geht, steht außer Frage. Wie dramatisch Washington die Lage einschätzt, zeigt die Entscheidung der US-Notenbank, seit März 2006 die Veröf-

fentlichung der Geldmenge M3 als wichtigstem Indikator für die weltweit im Umlauf befindenden Dollarmengen einzustellen.⁹ Ein recht plumper Versuch zu verdecken, dass das US-Imperium auf tönernen Füßen steht. In dieser prekären Situation kann als gesichert angenommen werden, dass Washington jeden Schritt, der aus der absteigenden Tendenz des Dollars einen rasanten Fall machen würde, als Kriegserklärung betrachtet.

In diesem Kontext sind die iranischen Pläne, eine Ölborse (Iranian Oil Bourse, IOB) auf der Insel Kish einzurichten, die auch Euros als Zahlungsmittel akzeptiert, von erheblicher Brisanz, da hiermit erstmals eine alternative Öl-Fakturierung zur Verfügung stünde. Zwar wurde der ursprünglich auf den 20. März festgelegte Starttermin nach hinten verschoben, Regierungskreise bestätigten aber, das Projekt in jedem Fall umsetzen zu wollen. Die zeitliche Nähe zur Entscheidung der US-Notenbank, die M3-Veröffentlichung einzustellen, hat inzwischen einige Analytiker dazu veranlasst, in der IOB den primären Grund für Washingtons Aggressivität gegenüber dem Iran zu sehen.¹⁰

Aus Sicht Teherans macht die Ölborse schon allein aus ökonomischer Sicht durchaus Sinn, wickelt der Iran doch 45% seines Handels mit der Eurozone ab, wohin auch ein Drittel seines Öls fließt. Die IOB ermöglicht es somit, durch die Umgehung des Dollars, Kursschwankungsrisiken und Transaktionskosten zu vermeiden. Zweifelsohne hat die IOB aber auch eine politisch-strategische Komponente, die gegen Washington gerichtet ist. Einige arrivierte US-Experten, wie George Perkovich vom *Carnegie Endowment for International Peace*, machen sich jedenfalls keine Illusionen, wie die iranischen IOB-Absichten zu interpretieren sind: „Sie ist Teil einer sehr intelligenten und kreativen iranischen Strategie - auf jede erdenkliche Weise in die Offensive zu gehen und andere Akteure gegen die USA zu mobilisieren.“¹¹

Es kommt also nicht von ungefähr, dass der Euro gerade für jene Länder an Attraktivität gewinnt, die auf die eine oder andere Weise am deutlichsten die US-Knute zu spüren bekommen. Ebenso wenig verwundert es, dass sich genau diese Länder - sofern sie klein genug sind - wiederum rasch auf der Liste US-amerikanischer Angriffsziele wiederfinden. Selbst innerhalb der saudischen Königsfamilie mehren sich die Befürworter einer Abkehr vom Dollar. Eines ihrer Mitglieder ist sich offensichtlich im Klaren, dass dies einer Kampfansage gleichkommt, denn es befürwortet einen solchen Schritt im Vergleich zu einem



Embargo „als eine effektivere Bestrafungsmethode der USA.“¹² Selbst auf offiziellen OPEC-Treffen wird inzwischen eine generelle Euroabrechnung ernsthaft diskutiert.¹³ Somit verwundert es nicht, dass das Pentagon-Beratungsgremium *Defence Policy Board* Saudia Arabien offen mit Krieg drohte, sollte es nicht zu seiner traditionell US-freundlichen Politik vergangener Jahre zurückkehren. Fast gleichzeitig arrangierte die CIA 2002 einen Putschversuch gegen Venezuelas Präsidenten Hugo Chavez, den vehementesten Befürworter einer OPEC-Abkehr vom Dollar, der allerdings kläglich scheiterte.¹⁴ Nicht zuletzt war es der Irak, der bereits im Jahr 2000 auf den Euro umgestellt hatte. Lediglich zwei Monate nachdem die Vereinigten Staaten in Bagdad einmarschierten, wurde das „Oil for Food“ Programm beendet, die auf Euro laufenden irakischen Konten in den Dollar rückgewandelt und das Öl wurde wieder nur für US-Dollar verkauft.¹⁵

Trotzdem spitzt sich für Washington die Gefahr immer weiter zu, dass aus dem derzeitigen langsamen Abstieg des Dollars ein rasanter Sturzflug wird. „Neben dem Iran, hat sich der norwegische Börsendirektor Sven Arild Andersen mit einem ähnlichen Plan zur Eröffnung einer auf dem Euro basierten skandinavischen Öl- und Gasborse zu Wort gemeldet. Ihm zufolge haben Russland und Staaten des Nahen Ostens ihrerseits ein Interesse an solch einem Projekt bekundet. Venezuela macht momentan seine Ölgeschäfte mit Drittweltländern entweder in Form von Bartergeschäften (Ware gegen Ware) oder auf Eurobasis. Nach Angaben des Handelsblattes hat der französische Industrieminister Francois Loos kürzlich eine größere Rolle des Euros im Ölgeschäft gefordert. Diese Forderung wird auch von der russischen Gasprom unterstützt.“¹⁶ Mitte Mai kündigte auch noch

Wladimir Putin die Eröffnung einer eigenen Ölborse an.¹⁷

Nun dürfte es Washington aber schwer fallen, gegen jedes Land - insbesondere Norwegen und Russland - direkt Krieg zu führen, das mit dem Euro liebäugelt. Zudem wird das Schicksal des Dollars nicht in Teheran, sondern in Brüssel, Peking, Tokio und nicht zuletzt in Washington entschieden. Augenblicklich dürfte weder der Europäischen Union, noch China und Japan, die erheblich von Exporten in die USA abhängig sind, an einem sofortigen Totalabsturz des Dollars gelegen sein, der aller Wahrscheinlichkeit nach auch deren Volkswirtschaften hart treffen würde. Eine allmähliche Wachablösung könnte aber durchaus Vorteile bringen, was allerdings u.a. eine grundlegende Änderung der restriktiven EZB-Geldpolitik erfordern würde, die gegenwärtig nicht in Sicht ist. Es braucht also mehr als lediglich die Einrichtung einer iranischen Ölborse, um den Dollar zu Fall zu bringen. In ihr somit den alleinigen Grund für die US-amerikanischen Angriffspläne zu sehen, würde wohl ihre Bedeutung überhöhen, denn sie stellt nur einen - und wohl auch nicht zentralen - Faktor dar, der entscheidet, ob weiterhin US-Schatzanleihen gekauft werden.¹⁸

Aber genau hier liegt der Hund begraben, denn bei mehr und mehr Ländern hat die Bereitschaft spürbar abgenommen, weiterhin die US-Defizite samt der aggressiven Hegemonialpolitik klaglos hinzunehmen. Es sind diese zunehmenden Widerstände gegen seine Vormachtstellung, gegen die Washington auf breiter Front mit der Militarisierung seiner Außenpolitik vorgehen will, insbesondere über die Kontrolle der weltweiten Ölvorräte - und damit selbstverständlich auch deren Fakturierung - und die Abstrafung von Ländern, die sich auf die eine oder andere Weise als „renitent“

erweisen, der Iran stellt diesbezüglich auch ohne die Einführung der IOB ein zentrales Ziel dar.

Absturz des Adlers?

Ausgelöst von den zunehmenden ökonomischen und militärischen Schwierigkeiten gehört es inzwischen schon fast zum guten Ton, den Untergang des US-Imperiums vorauszusagen.¹⁹ Allerdings sollte man bedenken, dass dies nun bereits die dritte Welle solcher Prognosen ist. Nachdem bereits in der Folge des verlorenen Vietnam-Krieges die Totenglocken geläutet wurden, prophezeiten viele den USA am Ende des Kalten Krieges erneut, sie würden in Kürze das Schicksal der „imperialen Überdehnung“ erleiden, wie es der britische Historiker Paul Kennedy in seinem Standardwerk vom *Aufstieg und Fall der großen Mächte* bezeichnete:²⁰ „Es mag krude merkantilistisch klingen, es so auszudrücken, aber Wohlstand ist in der Regel notwendig, um militärische Macht abzustützen, und militärische Macht ist in der Regel notwendig, um Wohlstand zu erwerben und zu schützen. Wenn aber ein zu großer Teil der Ressourcen des Staates von der Schaffung des Wohlstands abgelenkt wird und stattdessen militärischen Zwecken zufließt, führt dies wahrscheinlich langfristig zu einer Schwächung der nationalen Macht. Ähnliches gilt, wenn ein

Staat sich strategisch überdehnt - zum Beispiel dadurch, daß er ausgedehnte Territorien erobert oder kostspielige Kriege führt. Er läuft dann Gefahr, daß die potentiellen Vorteile dieser äußeren Expansion von den großen Kosten der ganzen Unternehmung überschattet werden - ein Dilemma, das akut wird, wenn die betroffene Nation in eine Phase relativen Abstiegs eintritt.“²¹ Kennedys Aussagen über das Verhalten von Staaten, deren Machtposition erodiert, erinnert verdächtig an das gegenwärtige Verhalten der Vereinigten Staaten: „Große Mächte, die sich in einem relativen Abstieg befinden, reagieren instinktiv, indem sie mehr für ihre ‚Sicherheit‘ ausgeben und dadurch potentielle Ressourcen von ‚Investitionen‘ abziehen und so langfristig ihr Dilemma verstärken.“²²

Entgegen den Voraussagen von Kennedy und anderen gelang es den USA zunächst, ihren Abstieg zu verhindern, bekanntlich stellte der erste Krieg gegen den Irak zur Etablierung der von Bush senior propagierten „Neuen Weltordnung“ Anfang der 90er selbst ohne die erhebliche Verbesserung der geopolitischen Situation, ein Nettogewinn dar, da die Kosten vor allem von Japan, Deutschland und Saudi Arabien übernommen wurden. In der Folge nahmen allerdings die Widerstände gegen Washingtons

Hegemonialpolitik mehr und mehr zu. Wie die Vereinigten Staaten auf diese Herausforderung reagieren werden ist für Immanuel Wallerstein eine, wenn nicht die entscheidende Frage der heutigen Zeit: „Die Pax Americana ist vorüber. Herausforderungen von Vietnam und dem Balkan zum Mittleren Osten und dem 11. September haben die Grenzen amerikanischer Vorherrschaft offenbart. Werden die USA lernen ruhig schwächer zu werden, oder werden die US-Konservativen sich widersetzen und dabei einen graduellen Niedergang in einen schnellen und gefährlichen Absturz verwandeln?“²³

Der von vielen konstatierte Übergang zu einer mehr und mehr über militärischen Zwang aufrecht erhaltenen US-Dominanz, u.a. mittels Kontrolle der Weltölvorkommen - und damit eben, wie dargelegt, deren Fakturierung - hat in der Tat eine Stärkung der antihegemonialen Bestrebungen und eine Zuspitzung zahlreicher Konflikte zur Folge. Der von vielen US-Imperialisten als Auftakt zu einem neuen amerikanischen Jahrhundert gefeierte Angriffskrieg gegen den Irak könnte sich eher als Anfang vom Ende erweisen. Vor allem bindet er derart viele personelle wie ökonomische Ressourcen, dass der Spielraum inzwischen offensichtlich so eng geworden ist, dass

Fatales Forschungsprogramm

Das Europäische Parlament verabschiedete jüngst das so genannte 7. Forschungsrahmenprogramm (7.FRP) mit einem Gesamtvolumen von 50,8 Mrd. Euro. In diesem Forschungsprogramm wird festgelegt, für welche Bereiche die EU in den Jahren 2007 bis 2013 Forschungsgelder ausgeben will. Hier gab es im Verhältnis zum letzten Mal erhebliche Änderungen. Schon bisher wurde die sehr problematische so genannte „embryonenverbrauchende Stammzellforschung“ auf europäischer Ebene mit Forschungsgeldern gefördert. Ca. 100 - 200 Mio. Euro sollen in Zukunft jährlich in diesem Bereich ausgegeben werden - gegen meine Stimme und die vieler anderer deutscher Abgeordneter. Hier wird ein hochsensibler Lebensbereich kommerzialisiert. Auch können EU-Gelder für Forschungszwecke verwendet werden, die eigentlich in einzelnen Mitgliedstaaten verboten sind.

Nach Planungen des Europäischen Parlaments sollen bis 2013 insgesamt 1,6 Mrd. Euro und somit dreimal mehr als bislang für Forschung und Entwicklung in den Bereichen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz ausgegeben. So weit so gut, könnte man/frau denken. Aber: Eine enorme Erhö-

hung gibt es auch bei der Atomforschung (größtenteils als Euratom-Forschung verbucht) mit ca. 4 Mrd. Euro! 20 Jahre nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl setzt somit die EU auf Atomenergie als wichtige Energieerzeugungsform. Das ist fatal! Bis heute weiß niemand, was mit dem täglich anfallenden hochradioaktiven Atommüll geschehen soll.

Neu im 7.FRP ist als eigener Haushalts-titel die so genannte Sicherheits- und Rüstungsforschung, da sind 3 Mrd. Euro veranschlagt. Hier wird die Entwicklung von Überwachungs- und Kontrolltechnologie - insbesondere zur militärischen Grenzsicherung - ebenso gefördert werden wie die militarisierte Weltraumforschung. Eingeschlossen sind insbesondere Projekte, die die Kriegsführungsfähigkeit von EU-Eingreiftruppen und den EU-Schlachtgruppen (Battle-Groups) betreffen. Zwar hatte die EU-Kommission von 2004 bis 2006 schon einen vorbereitenden Rüstungsforschungshaushalt eingestellt - damals mit 65 Millionen Euro, heute sind es sage und schreibe 3 Mrd. Euro!

Die großen Rüstungskonzerne werden bis in jede Einzelheit mitbestimmen

können, wozu die Forschungsmittel verwendet werden. Es wird ein europäischer Militärisch-Industrieller Komplex aufgebaut. Dieser kann einen Erfolg nach dem anderen vermelden. Erst die Verankerung der Rüstungsagentur und der Militarisierung im EU-Verfassungsvertrag, dann der gemeinsame EU-Rüstungsmarkt und jetzt die Erhöhung der Mittel für Rüstungsforschung auf EU-Ebene. In den Chefetagen der großen Rüstungskonzerne, EADS, BAE Systems, Thales und Finmeccanica werden angesichts dieser Privatisierung öffentlicher Gelder die Sekt- und Champagnerkorken geknallt haben.

Für Rüstungs- und militarisierte Weltraumforschung soll doppelt so viel ausgegeben werden wie für die Forschungsförderung erneuerbarer Energien. Das halte ich nicht nur aus friedenspolitischen Gründen für skandalös. Rüstungstechnologie soll nach dem Vorbild der USA zur Leittechnologie in der EU werden. Dies ist ein Kriegsprogramm, das wir uns auch im Wortsinne nicht leisten können. Wir brauchen ein Umsteuern bei den EU-Forschungsausgaben: Zivil, ökologisch, zukunftsfähig.

Tobias Pflüger

Washington die Situation augenblicklich an jeder Ecke entgleitet.

Allein in den letzten Monaten fanden weit reichende geopolitische Verschiebungen statt, die allesamt darauf ausgerichtet sind, an Washingtons Thron zu sägen. Weder gelingt es Chavez aus dem Amt zu putzen, noch konnte die Nationalisierung der bolivianischen Energievorkommen und der immer stärkere Zusammenschluss der lateinamerikanischen Staaten gegen die USA verhindert werden. Nachdem George Bush alles daran setzte, den chinesischen Präsidenten bei seinem US-Besuch Mitte April 2006 zu demütigen - ziemlich gewagt im Übrigen, denn das Land hat immerhin \$825 Mrd. an US-Schatzanleihen nutzlos herumliegen - reiste Hu Jintao direkt weiter nach Saudia Arabien, um mit dem Königshaus erfolgreich umfangreiche Öl-, Handels- und Sicherheitsabkommen abzuschließen. Schon zuvor hatte China einen riesigen Energieideal im Wert von etwa \$100 Mrd. mit dem Iran unter Dach und Fach gebracht, was allein schon den Widerstand im Sicherheitsrat gegen einen US-Angriff erklärt. Und schließlich, als Sahnehäubchen auf diesem „geopolitischen Alptraum“ wird dem Iran Presseberichten zufolge noch in diesem Jahr die Mitgliedschaft in der Shanghai Cooperation Organization (SCO) angeboten, jener Organisation, deren kaum verhüllte Aufgabe es ist, angeführt von Russland und China einen eurasischen Block gegen US-amerikanische Machtambitionen zu schmieden.²⁴ Und auch in der Währungsfrage mehren sich die Zeichen, dass man sich darauf vorbereitet, den USA einen unsanften Tritt zu versetzen.

Bisher hat Washington, angesichts seines riesigen Binnenmarktes und der extremen Abhängigkeit Anderer von Exporten in die USA, stets darauf gesetzt, dass die Gläubiger in Japan, China und Europa zu dem Ergebnis kommen, sie würden unter einem Absturz des Dollars weit mehr zu leiden haben, als die USA.²⁵ Diesbezüglich dürfte für Washingtons Strategen u.a. folgende Meldung Besorgnis erregend sein: „Chinesische Partei- und Staatsführung haben kürzlich ... Kurs auf verstärkte inländische Verwendung der eigenen Fertigung genommen. Sie dürften damit ihre Export- und Dollar-Abhängigkeit mindern.“²⁶ Sollte dies tatsächlich konsequent umgesetzt werden, dürfte es für China weniger und weniger Motivation geben, den Dollar nicht einfach zum Teufel zu jagen, indem der Kauf von Schatzbriefen gestoppt und die eigenen Schatzanleihen auf den Markt geworfen werden. Die hieraus resultierende Dollarabwertung würde zwar zu erheblichen chinesischen Verlusten führen,

die aber bei gesunkener Exportorientierung verkraftbar wären.²⁷ Gleiches würde bei einem ähnlichen Kurswandel für die Europäische Union gelten, der wie gesagt derzeit nur bedingt in Sicht ist. Doch auch dort mehren sich die Stimmen, die auf eine Veränderung zielen, beispielhaft etwa im *Manager Magazin*: „Den Europäern wird angesichts des Euro-Höhenflugs schwindlig. Doch statt über sinkende Exportchancen zu jammern, sollten sie die Vorteile entdecken. Europa, so die Meinung vieler Volkswirte, kann mit einem starken Euro sehr gut leben.“²⁸ Selbst über Japan gibt es Berichte, es sei inzwischen ein zentrales Anliegen, in absehbarer Zeit ohne die USA auszukommen.²⁹

Sollte sich dieser Trend fortsetzen, ist es mehr als fraglich, ob es den US-Strategen nochmals gelingen wird, das komplette System vom Kopf auf die Füße zu stellen, um ihre Vorherrschaft weiter zu erhalten. Lösungen nach dem Vorbild des Öl-Dollar-Mechanismus der 70er oder des Plaza-Abkommens in den 80ern, als die USA noch einmal andere Großmächte zum Einlenken bewegen konnten, scheinen heute wenig wahrscheinlich.³⁰ Was genau geschehen wird, sollte der Dollar und damit das US-Imperium kurz vor dem Totalkollaps stehen, wovon man derzeit noch ein Stückchen entfernt ist, bleibt natürlich spekulativ. Nicht wenige gehen aber davon aus, dass die USA, es wäre nicht das erste Mal, in dieser Situation auch vor schweren Konflikten mit anderen Großmächten nicht zurückschrecken würde: „Eine ernsthafte Herausforderung der Dollarhegemonie als weltweite Reservewährung der Zentralbanken bedeutet de facto eine Kriegserklärung ... Die mächtigen Mitglieder des europäischen Zentralbankrats wissen dies sehr wohl. Die Staatsoberhäupter jedes einzelnen EU-Landes wissen das. Die chinesische wie auch die japanische und indische Führung wissen es, und genau so weiß es Putin.“³¹

Unterstützung erhält diese Vermutung von einem der einflussreichsten US-Strategen, Thomas Barnett: „Wir handeln kleine Papierschnipsel (unsere Währung in Form eines Handelsbilanzdefizits) im Tausch für Asiens beeindruckende Produkt- und Dienstleistungspalette. Wir sind clever genug zu wissen, dass dies ein offensichtlich unfairer Deal ist, solange wir nicht etwas von großem Wert zusammen mit diesen Papierschnipseln anbieten. Dieses Produkt ist eine starke Pazifikflotte, die die Transaktion gut ausgleicht.“³² Adressat dieser kaum verhüllten Drohung sind Japan und China, denen damit überdeutlich signalisiert wird, dass eine Infragestellung der Dollardominanz von den USA militärisch beantwortet

werden kann.³³ Selbiges gilt für die Europäische Union: „Die negativen Szenarios, die in den USA diskutiert wurden, gingen davon aus, daß eine solche Ablösung des US-Dollar als Weltwährung Nr. 1 durch den Euro zugleich zu „ernsthaften Konflikten zwischen der Europäischen Union und den USA führen müsse.“³⁴ Dementsprechend kommt Jürgen Elsässer zu folgendem Schluss: „Nicht mehr die Federal Reserve, sondern das Pentagon bürgt in letzter Instanz für die Härte des Dollars.“³⁵

Der Euro, (k)eine Alternative?

So erfreulich es ist, wenn der ausbeuterisch-aggressiven US-Politik Knüppel in den Weg geworfen werden, so vorsichtig sollte man trotzdem sein, den Euro als progressives Mittel gegen Washingtons Hegemonialpolitik zu propagieren, wie dies inzwischen auch von linker Seite immer häufiger geschieht.³⁶ Es ist nicht allein die Tatsache, dass hiermit ein extrem riskanter Weg eingeschlagen würde, der leicht zu einer Eskalationsspirale führen könnte, man würde darüber hinaus auch lediglich das fordern, was von Anfang der Zweck der Übung war. So betonte der ehemalige französische Premierminister Lionel Jospin der Euro ermöglichen es endlich, „der Dominanz des Dollars zu entkommen.“³⁷ Die EU-Währung ist somit integraler Bestandteil der EU-eigenen imperialen Ambitionen, die auch direkt darauf zielen mittel- bis langfristig die Thronfolge der USA anzutreten: Schon gegen Ende der 90er forderte der ehemalige deutsche Finanzminister Theo Waigel, „den Euro zu einer wirklichen Alternative zum US-Dollar“ zu machen. Ex-Kanzler Helmut Schmidt, einer der Urväter der Währungsunion, äußerte sich noch deutlicher: „Der Euro ist primär keine ökonomische Angelegenheit. Das glauben doch nur Geldpolitiker. Der Euro ist eine strategische Veranstaltung. Er ist Teil des Aufbaus Europas in Etappen.“³⁸ Der andere zentrale Teil ist die derzeit ablaufende rasante Militarisierung der Europäischen Union, die als logische Ergänzung dient. Somit war es wohl durchaus wörtlich zu verstehen, als der erste Präsident der Europäischen Zentralbank, Wim Duisenberg, die Devise ausgab, „Ein starker Euro für ein starkes Europa.“³⁹ Umgekehrt betont Ex-Verteidigungsstaatssekretär Walter Stützel die zentrale Rolle des Militärs: „Die Sache ist einfach: Eine Union, die sich nicht verteidigen kann, ist keine Union. Eine harte Währung, die eine schwache Verteidigung hat, ist auf lange Frist keine harte Währung.“⁴⁰

Mit dem Dollar würde somit zwar das richtige Schwein geschlachtet, aber durch das Falsche ersetzt, da die EU hinsichtlich

ausbeuterisch-aggressiver Politiken nur wenig hinter den USA zurücksteht und diesbezüglich auch rasch aufholt.⁴¹ Ohne eine radikale Abkehr der ebenfalls imperial ausgerichteten EU-Politik birgt somit auch der Euro wenig Anlass zur Hoffnung. „Es geht nicht nur darum, dass jede Krise ohne aktive Arbeiterklasse wahrscheinlich reaktionäre Resultate produzieren, aber auch eine neue Opposition stimulieren kann: vielmehr wird das Kapital, solange es nicht an soziale Grenzen gerät, mit dem Staat operieren und gut positioniert sein, um Wege zur Eindämmung und Lösung der das System gefährdenden Krisen auf unsere Kosten zu entdecken.“⁴² Die Feststellung, die Nicos Poulantzas vor über 30 Jahren über die damaligen Rivalitäten zwischen den USA, Japan und Deutschland traf, lässt sich auch auf die heutige Situation übertragen. „Für sie [Deutschland und Japan] geht es darum, ein Hegemonialsystem zu reorganisieren, das sie weiterhin akzeptieren ... Die Auseinandersetzung geht tatsächlich um den Anteil am Kuchen.“⁴³ In der Tat mehren sich die kritischen Stimmen seitens US-amerikanischer Wirtschaftsvertreter. Sie sehen in der Weigerung der Vereinigten Staaten, Zugeständnisse an die anderen Großmächte zu machen, ein Risiko mit erheblichem Eskalationspotenzial, das nicht in ihrem Interesse liegt, und drängen deshalb auf einen Richtungswandel.⁴⁴ Wenn hierfür durch - augenblicklich schwer absehbare, aber Bush bleibt ja nicht ewig - ein amerikanisches Entgegenkommen die Voraussetzungen geschaffen würden, bspws. durch die Etablierung eines Währungspools, dürfte schnell das gemeinsame Interesse an einem reibungslosen Funktionieren des Systems wieder eine tragfähige Kooperationsgrundlage schaffen. Das emanzipatorische Potenzial eines solchen Interessenausgleichs ist aber, um es vorsichtig auszudrücken, gering.

Für eine progressive Perspektive ist also weniger eine neue Währung, als eine grundsätzlich andere Politik zwingend erforderlich: „Solche Maßnahmen würde die Einschränkung spekulativer Finanzflüsse etwa über die Tobinsteuer ..., die Förderung von Schuldenerlassen und Alternativen zur Strukturanpassung und die Beendigung der neomerkantilistischen Handelspolitiken gegenüber der Dritten Welt, insbesondere hinsichtlich landwirtschaftlicher Erzeugnisse beinhalten. Allgemeiner gesagt, die EU muss den Schwerpunkt ihrer Politik weg vom Monetarismus und hin zu Entwicklung verlagern.“⁴⁵ Nur durch eine solche Abkehr von Monetarismus, Neoliberalismus und Ausbeutung, so illusorisch dies in der augenblicklichen Situation auch

erscheinen mag, könnte aus dem Euro tatsächlich ein progressives Projekt werden, das die Europäische Union zu dem Vorbild für den Rest der Welt machen würde, das die Vereinigten Staaten schon lange nicht mehr sind.

Anmerkungen

¹ Vgl. Jürgen Elsässer, „Wertlose Papierschnipsel mit Raketen verteidigen“, *Freitag*, 14.01.05.

² Norbert Walter und Werner Becker, *Der Euro: fest im Sattel als Reservewährung*, Deutsche Bank Research, EU-Monitor 28, 30.09.05.

³ Ron Paul, *The End of Dollar Hegemony*, Speech Before the U.S. House of Representatives, 15.02.06.

⁴ Ebd.

⁵ Elmar Altvater, „Die Währung des schwarzen Goldes: Der Ölkrieg wird auch um die Vorherrschaft von Dollar und Euro geführt“, in: *Sand im Getriebe* 17, 16.01.03, S. 2-4, S. 4.

⁶ Ebd.

⁷ Krassimir Petrov, *The Proposed Iranian Oil Bourse*, Energy Bulletin, 18.01.06; Vgl. auch Frank, „The Naked Hegemon“.

⁸ Stan Goff, *The Infinite War and its Roots*, From The Wilderness, 27.08.02.

⁹ Vgl. Sommer, *Iranische Ölbörse*.

¹⁰ Bspws. William Clark, *Petrodollar Warfare: Dollars, Euros and the Upcoming Iranian Oil Bourse*, 08.08.05, URL: <http://www.petrodollarwarfare.com/PDFs/PetrodollarWarfareAndTheIranianOilBourseWebsite.pdf> (22.05.06).

¹¹ Zit. nach Howard LaFranchi, „Iran's oil gambit“, *Christian Science Monitor*, 30.08.05.

¹² Das nicht näher benanntes Mitglied der saudischen Herrscherfamilie wird zit. in: *Oil and Gas International* 15.04.02. Auch für Riad wäre dies ökonomisch sinnvoll: „Erdöl wird bekanntlich weltweit in Dollar pro Faß quotiert, weshalb von der Dollarschwäche auch die ... Opec betroffen ist. Saudi-Arabien beispielsweise, die treibende Kraft des Erdölkartells, bezieht rund zwei Drittel seiner Importgüter aus dem Euro- und dem Yen-Raum und spürt daher die Kaufkraft einbuße ganz deutlich. Deshalb ist die Opec seit längerem auf der Suche nach einer Alternative zum Dollar.“ Vgl. Karl Unger, „Euro gegen Dollar“, *Junge Welt*, 12.12.03.

¹³ Nunan, „Petrodollar or Petroeuro?“, S. 129.

¹⁴ Thomas E. Ricks, „U.S. advisers see Saudis as enemies“, *IHT*, 07.08.02 und Jürgen Wagner, „Größte Nervensäge des Kontinents - Der Putsch in Venezuela und die ‚Doktrin der Freiheit‘“, in: *analyse und kritik*, 462/2002.

¹⁵ Vgl. Petrov, *The Proposed Iranian Oil Bourse*; Auch Nordkorea hat Presseberichten zufolge seine gesamten Devisen in Euro eingewechselt. Vgl. Clemens Ronnefeld, „Syrien, Iran, Nordkorea - Wer ist als Nächster dran?“, in: *Friedensforum* 2/2003.

¹⁶ Interview mit Behrooz Abdolvand, S. 10.

¹⁷ Dave Kimble, *Collapse of the Petrodollar Looming*, Globalresearch, 21.05.06.

¹⁸ Vgl. William Engdahl, No, the Iran Oil Bourse is not a casus belli..., Globalresearch, 10.03.06 und Hauke Ritz, „Iranische Petro-Euro“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2006, S. 541-543.

¹⁹ Bspws. Arrighi, „Hegemony Unravelling“; Für eine gegenteilige Ansicht vgl. Leo Panitch und Sam Gindin, „Euro-Kapitalismus und amerikanischer Imperialismus“, in: Martin Beckmann, Hans-Jürgen Bieling und Frank Deppe (Hrsg.), *Eurokapitalismus*, Hamburg 2003, S. 113-143.

²⁰ Vgl. zur ersten „Decline-Debatte“ Sabine Feiner, *Weltordnung durch US-Leadership? Die Konzeption Zbigniew K. Brzezinski's*, Wiesbaden 2000, S. 85.

²¹ Paul Kennedy, *Aufstieg und Fall der Großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt 1500-2000*, Frankfurt a.M. 2000, S. 12; Als prominentes-

te damalige Gegenstimme kam 1989 Susan Strange, „Towards a theory of Transnational Empire“, wiederabgedruckt in: Roger Tooze and Christopher May, *Authority and Markets. Susan Strange's Writing on International Political Economy*, New York 2002, S. 141-155, S. 148 zu dem Ergebnis, dass „der Niedergang der US-Hegemonie ein Mythos ist.“

²² Kennedy, *Aufstieg und Fall*, S. 23.

²³ Wallerstein, Immanuel, „The Eagle has Crash Landed“, *Foreign Policy*, July/August 2002, S. 60-68, S. 60.

²⁴ William Engdahl, *America's Geopolitical Nightmare and Eurasian Strategic Energy Arrangements*, Globalresearch, 07.05.06.

²⁵ Vgl. Hudson, *Superimperialism*, S. 259.

²⁶ Thomas Immanuel Steinberg, *In der Dollar-Klemme*, 22.03.06, URL: <http://www.steinbergrecherche.com/ueurodollar.htm> (22.05.06).

²⁷ Chalmers Johnson, in *Tomdispatch Interview: Chalmers Johnson on Our Fading Republic*, 22.05.06 geht sogar davon aus, dass eine Abkehr vom Dollar für Japan, China und die Europäische Union ohne größere Verwerfungen möglich ist.

²⁸ Vgl. Kai Lange, „Die Vorteile überwiegen“, *Manager Magazin*, 31.08.03; Vgl. auch Warde, „Schwacher Dollar, starker Bush“.

²⁹ Vgl. William Greider, „The End of Empire“, *The Nation*, 23.09.02. Zumal der Großteil der jeweiligen Wirtschaftsleistungen innerhalb der Triaden erzielt wird. Vgl. Malcolm Sylvers, *USA - Anatomie einer Weltmacht*, Köln 2002, S. 236.

³⁰ Warde, „Schwacher Dollar, starker Bush“.

³¹ Engdahl, *No, the Iran Oil Bourse is not a casus belli*.

³² Thomas P.M. Barnett, „Asia's Energy Future: The Military-Market Link“, in: Sam Tangredi (ed.), *Globalization and Maritime Power*, Washington DC 2002.

³³ Vgl. Arrighi, „Hegemony Unravelling“, S. 66f.

³⁴ Frank Deppe u.a.: *Der neue Imperialismus*, Heilbronn 2004. Das Zitat stammt von Robert Gilpin.

³⁵ Elsässer, „Wert, Geld und Imperialismus“, S. 80. Siehe auch Sylvers, *Anatomie einer Weltmacht*, S. 262: „Die Rüstungsausgaben und die sich daraus ergebende Dominanz dienen, wenn auch indirekt, als Garantie, daß die Stellung des Dollars keinen brüskten Stößen ausgesetzt wird.“

³⁶ Vgl. etwa George Monbiot, „The bottom Dollar“, *The Guardian*, 22.04.03 und Jürgen Rose, „Den Bruch riskieren“, *Freitag*, 19.12.03.

³⁷ Zit. nach Michael Elliot, „The Euro: No Worries in Washington“, *Newsweek*, 11.01.99.

³⁸ Zit. nach Gerald Oberansmayr, *Auf dem Weg zur Supermacht: Die Militarisierung der Europäischen Union*, Wien 2004, S. 38.

³⁹ Warde, „Schwacher Dollar, starker Bush“.

⁴⁰ Zit. nach Pflüger, Tobias, *Mit Hochgeschwindigkeit in Richtung Militärmacht*, IMI-Aktuell-00-12-04.

⁴¹ Zu den imperialistischen Ambitionen der Europäischen Union vgl. ausführlich die Beiträge in Tobias Pflüger und Jürgen Wagner (Hg.), *Welt-Macht-Europa: Auf dem Weg in weltweite Kriege*, Hamburg 2006.

⁴² Sam Gindin und Leo Panitch in: *Krise der US-Ökonomie: Kontroversen der Linken*, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 2/2003, S. 11f.

⁴³ Zit. nach Sam Gindin, „Prospects for anti-imperialism: coming to terms with our own bourgeoisie“, in: *Monthly Review*, July-August 2003.

⁴⁴ Vgl. Jan Nederveen Pieterse, „Neoliberal Empire“, in: *Theory, Culture & Society*, Vol. 21(3) 2004, S. 119-140, S. 137 und Immanuel Wallerstein, „U.S. Weakness and the Struggle for Hegemony“, in: *Monthly Review*, July-August 2003.

⁴⁵ Alan Cafruny, „Europe, the United States, and Neoliberal (Dis)Order“, in: Alan W. Cafruny and Magnus Ryner (eds), *A Ruined Fortress: Neo-liberal Hegemony and Transformation in Europe*, Lanham 2003, S.285-305, S. 300; Vgl. auch Ibrahim Kerem Oge, *The Relationship Between European Integration and Globalisation: A Neo-Liberal Consensus*, Dissertation, University of Warwick, September 2004.